

Eine klimagerechte Mobilität für alle ist in unserem Land erreichbar



Digitale LDK am 12.-13.12.2020

Antragsteller*in: Felix Quartier (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Titel

Ändern in:

Grünes Wirtschaften sichert unseren Wohlstand nachhaltig

Änderungsantrag zu K2

Von Zeile 210 bis 211 einfügen:

Plätzen reduzieren. Kommunen können die Gebühren für Anwohnerparken zur Verkehrslenkung und -finanzierung nutzen. Zusätzlich wollen wir die Stellplatzpflicht streichen.

Begründung

Die Stellplatzpflicht entstammt aus einem Jahrzehnt, in dem jede*r Mensch ein Auto hatte. Inzwischen ist dies überholt. Eine Stellplatzpflicht für Neubauten widerspricht dem Konzept, Städte menschenfreundlich - nicht autofreundlich - zu gestalten. Durch die Stellplätze verschwenden wir viel Platz, den wir eigentlich für ganz andere Zwecke nutzen können. Gerade in den Städten kann er besser als Wohnraum genutzt werden, hierzu sind jedoch auch unterschiedliche Visionen möglich. Vor allem vom ADFC könnte man sich hier inspirieren lassen, wenn man sich einmal die Frage stellt, was man mit dem Raum, den ein versiegelter Parkplatz einnimmt, auch sonst anstellen könnte. Zum Beispiel mit Hochbeeten bepflanzen und vieles andere. Dafür sollte man die Bevölkerung miteinbeziehen und die Menschen vor Ort direkt fragen.

Unterstützer*innen

Jannick Frank Roller (KV Freiburg); Jakob Mangos (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Juni Schandl (KV Ortenau); Dislo Benjamin Harter (KV Ortenau); Laura Maria Däuber (KV Ortenau); Achim Jooß (KV Ortenau); Tim Naasz (KV Stuttgart); Elias Brauch (KV Freiburg); Norbert Hense (KV Ortenau); Armin Roth (KV Tübingen); Bernhard Nold (KV Tübingen); Karsten Kolb (KV Ortenau)